

## Die "Charta 2008": Repression und Diskussion. Eine Dokumentation

Das zweite Update des Projektes Arbeitswelten China - Deutschland (Worlds of Labour - WoL), hat zum Thema die Charta 2008 und die chinesische Diskussion darum.

Dokument 2 von 4:

### Für demokratische Rechte, gegen Privatisierung

In dem Beitrag "Charta 08 – Menschenrechtscharta unter Ausschluss der arbeitenden Bevölkerung" versucht Au Loong Yu vom Globalization Monitor in Hongkong eine differenzierte Betrachtung - unter Betonung der Haltung, dass niemand wegen seiner Meinung wie ein Krimineller behandelt werden darf: Die Forderung nach demokratischen Rechten wird unterstützt, auch weil dies der einzige Weg ist, wie die Werktätigen ihre Interessen durchsetzen können; die von der Charta erhobene Forderung nach Schutz und Entwicklung des Privateigentums aber mache sie zu einem Instrument der Privatisierung. Die Gewinner dabei aber brauchen die Charta nicht, das ist das Dilemma der Autoren.

### Charta 08 – Menschenrechtscharta unter Ausschluss der arbeitenden Bevölkerung

#### Von Au Loong Yu

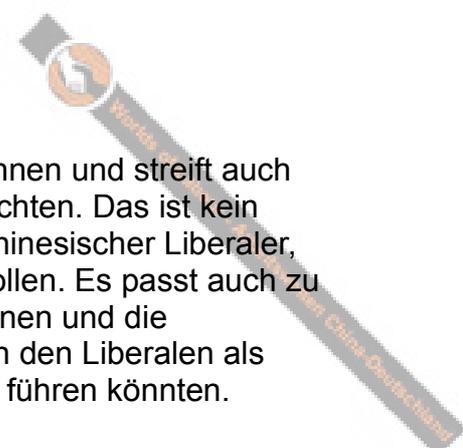
Letzten November haben Dutzende bekannte chinesische Intellektuelle die „Charta 08“ auf den Weg gebracht, mit der sie die chinesische Regierung dazu aufrufen, grundlegende bürgerliche und demokratische Rechte zu respektieren. Kurz darauf wurde die zentrale Leitfigur des Aufrufs, Liu Xiaobo, verhaftet. Er befindet sich bis heute in Gewahrsam. Jeder, der die Bürgerrechte verteidigen will, sollte gegen diese Verhaftung protestieren, denn niemand sollte allein aufgrund dessen, was er gesagt oder geschrieben hat, wie ein Krimineller behandelt werden. Wir stehen Teilen der Charta kritisch gegenüber, aber wir verurteilen Lius Verhaftung durch die Behörden sowie die Unterdrückung des Dokuments.

Es ist traurig mit anzusehen, dass chinesische Autoren im Umfeld der „Utopia“-Webseite der „Neuen Linken“ die Position der Charta zwar kritisiert, zu der Verhaftung aber geschwiegen oder ihr sogar heimlich Beifall gezollt haben. Besonders besorgniserregend ist das angesichts der Tatsache, dass einzelne Neue Linke und ihre Publikationen in den letzten Jahren mit derselben Art von Repression konfrontiert waren.

Wir unterstützen diejenigen Teile der Charta 08, die grundlegende Bürgerrechte und demokratische Rechte geltend machen – vor allem deshalb, weil die schuftenden Massen ohne solche Rechte über keinerlei Mittel verfügen, ihre unmittelbaren oder historischen Interessen zu verteidigen. Autoren der „Utopia“-Webseite sehen den Einparteiensstaat nach wie vor als Lösung für die sozialen Probleme, die durch die Marktreform geschaffen wurden. Daher neigen sie dazu, die Bedeutung des Kampfes für Bürgerrechte und demokratische Rechte herunterzuspielen. Im schlimmsten Fall unterstützen sie den Einparteiensstaat implizit, wenn nicht gar explizit, im Namen der Wahrung sozialer Stabilität. Solch staatstreue Kritik an der Charta teilen wir nicht.

#### Was in der Charta fehlt

Dennoch möchten wir auf ein offensichtliches Versäumnis der Charta hinweisen: Sie macht sich nicht die Mühe, grundlegende Beschäftigtenrechte wie das Recht auf



unabhängige Gewerkschaften und Kollektivverhandlungen anzumahnen und streift auch das Streikrecht nur kurz als eines in einer langen Liste von Grundrechten. Das ist kein Zufall. Es steht vielmehr im Einklang mit der allgemeinen Position chinesischer Liberaler, die dem Los armer arbeitender Menschen wenig Aufmerksamkeit zollen. Es passt auch zu ihrer offenen Feindseligkeit gegen Massenbewegungen im Allgemeinen und die Arbeiterbewegung im Besonderen. Solche Bewegungen werden von den Liberalen als Elemente betrachtet, die zu sinnlosem Morden oder ‚Klassenkampf‘ führen könnten.

Was ebenso fehlt, ist eine Kritik an der furchtbaren Polarisierung des Reichtums im Verlauf der kapitalistischen Marktreform. In den ländlichen Gegenden haben KP-Funktionäre das landwirtschaftliche Mehrprodukt durch direkte Steuern oder Marktregularien sich in einem Ausmaß angeeignet, dass Bauern in den Bankrott getrieben wurden und ihnen keine andere Wahl blieb, als in die Städte zu migrieren und dort Arbeit zu suchen. Diese Bauern werden von der Bourgeoisie ein zweites Mal enteignet – unter dem gefängnisähnlichen Regime der Fabriken. Es ist überaus klar, dass sowohl die herrschende Partei als auch die Klasse der Privatunternehmer davon profitieren, dass der arbeitenden Bevölkerung und den Bauern Grundrechte verweigert werden. Um dem abzuhelpen, muss man den sozialen Reichtum neu verteilen und die Grundrechte der arbeitenden Bevölkerung wieder herstellen. Das Schweigen der Charta zu den unglaublichen Ungerechtigkeiten in den Sweatshops und zur Bereicherung der neuen Bourgeoisie entlarvt ihren Klassenhintergrund, auch wenn sie versucht, für alle BürgerInnen zu sprechen, inklusive der schuftenden Massen.

Punkt 14 der Charta ruft explizit nach *Schutz des Privateigentums*: „Wir sollten das Recht auf Privateigentum etablieren und schützen und für ein ökonomisches System freier und fairer Märkte eintreten. Wir sollten Regierungsmonopole in Handel und Industrie abschaffen und die Freiheit der Unternehmensgründung garantieren. Ein einzurichtendes Komitee, das der nationalen Legislative berichtet, sollte kontrollieren, dass die Überführung staatlicher Unternehmen in private Besitzverhältnisse in einer fairen, wettbewerbsorientierten und geordneten Weise vor sich geht. Wir sollten eine Landreform vornehmen, die den Privatbesitz an Land fördert, das Recht auf Kauf und Verkauf von Land garantiert und es erlaubt, dass sich der tatsächliche Wert des Eigentums adäquat auf dem Markt widerspiegelt.“

### **Mit ihrem Plädoyer für das Privateigentum wird die Charta zu einem Instrument der Privatisierung**

Alle Vergleiche zwischen der tschechoslowakischen Charta 77 und der chinesischen Charta 08 sind indiskutabel: Die Charta 77 machte nie solche Forderungen geltend. Mit diesem Aufruf ist die Charta 08 ein Instrument der Privatisierung geworden, und als solches stellt sie sich in den Dienst von Neureichen und Parteifunktionären. Anstatt der vetternwirtschaftlichen Privatisierung der chinesischen KP will die Charta 08 eine „faire und wettbewerbsorientierte“ Privatisierung. Es ist nicht klar, wie das aussehen soll. Die russische Nomenklatura hat das mit ihrer „Gutschein-Privatisierung“ bereits vorgeführt. Dabei sind die Gutscheine, die den einfachen Leuten gehörten, am Ende einfach in den Taschen der Neureichen gelandet, ebenso wie ihre Ersparnisse und ihre Arbeitsplatzsicherheit.

Wer einer Privatisierung zu fairen Preisen das Wort redet, wiederholt einfach neoliberale Dogmen. Es ist wirklich ironisch, dass die Autoren der Charta 08 dieses Dokument zu einem Zeitpunkt entwarfen, als sich das größte Marktversagen seit 1929 gerade in einem globalen Maßstab zu entfalten begann. Seit 2008 sind die Preise auf den US-

amerikanischen sowie den globalen Immobilien- und Börsenmärkten auf Talfahrt gegangen, aber neoliberale Regierungen haben entschieden, dass diese Marktpreise weder fair noch gerecht sind; und so verschleudern sie Milliarden von Dollars, um einen weiteren Preisverfall zu verhindern. Es steht zu vermuten, dass unsere Freunde von der Charta 08 dasselbe tun würden, wenn sie an der Macht wären.

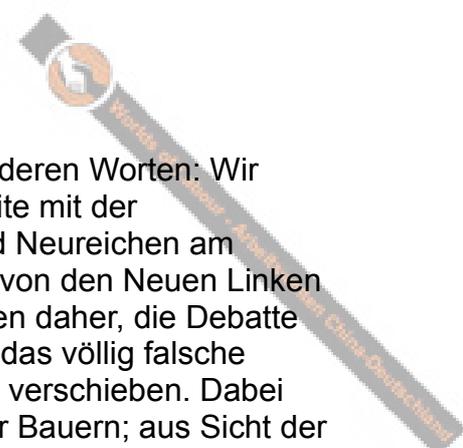
Die chinesischen Liberalen sind nicht nur unfähig, etwas aus der Vergangenheit und der Gegenwart zu lernen; sie demonstrieren auch eine massiv undemokratische Einstellung, wenn sie nach der Freiheit zum Verkauf und Kauf von Ackerland rufen. Es kommt ihnen nicht in den Sinn, danach zu fragen, ob das auch der Wunsch von 800 Millionen Bauern ist (von denen 200 Mio. heute als entwurzelte MigrantInnen leben). Unterschiedliche Untersuchungen zeigen, dass diese Idee den meisten von ihnen überhaupt nicht gefällt.

Eine NRO von WanderarbeiterInnen vom Land hat eine kleine Untersuchung durchgeführt, laut der 64 Prozent der Befragten mit dem freien Verkauf von Land nicht einverstanden sind. 42 Prozent der Ablehner befürchten, dass „der freie Verkauf von Land in einer sozialen Polarisierung von Reichtum und einer Rückkehr zum alten China von vor 1949 resultieren wird“ (China Research Team: Survey on rural 2008, nicht veröffentlichtes Dokument). Die Revolution von 1949 hatte die chinesische Gesellschaft trotz all ihrer Versäumnisse und trotz der Tatsache, dass viele ihrer Errungenschaften inzwischen wieder rückgängig gemacht worden sind (besonders die Arbeitsplatzsicherheit), auf eine neue historische Ebene gehoben, indem sie die vorkapitalistischen, feudalen Besitzverhältnisse eliminiert hatte. Dennoch sieht die Charta die Revolution von 1949 als ausschließlich destruktiv und negativ – eine Sichtweise, die wir nicht teilen können.

### **Zur Sichtweise der Revolution von 1949**

Denn das gültige Arrangement – also kollektiver Besitz am Ackerland mit festgelegten Landnutzungsrechten für die einzelnen Familien – garantiert den Bauern zweierlei: erstens, dass das Land nicht durch freie Landverkäufe in den Händen der ländlichen Neureichen konzentriert wird, und zweitens das Recht auf das ihnen zugewiesene Stück Ackerland und das Land für ihr Haus. Die gültigen Gesetze ermächtigen allein das Dorfkomitee, das kollektive Ackerland zu verwalten. Indem sie durch ihr jeweiliges Komitee von ihren Rechten gebrauch machten, haben die Bauern daher in vielen Fällen den Verkauf von Land an Reiche oder Funktionärgünstlinge erfolgreich verhindern können. Wenn es den Liberalen gelingt, die KP zur Freigabe des Verkaufs von Ackerland zu bewegen, bedeutet das in der Praxis, dass die demokratischen Rechte der Bauern umgestoßen werden – also das Gegenteil von dem, was die Charta anzustreben vorgibt.

Wir wollen, dass für landwirtschaftliche Produkte faire Preise bezahlt werden. Niedrige Preise haben Bauern des Mehrwerts beraubt, den sie zum Investieren gebraucht hätten. Die Lösung für dieses Problem müssen wir allerdings jenseits des Marktes suchen. Die Gründe für die fehlende Marktmacht der Bauern liegen nämlich in der Sphäre der politischen Macht. In dieser Hinsicht ist die Situation der Bauern noch schlechter als die der Arbeiter: nicht nur wirkt das Hukou-System der Haushaltsregistrierung wie eine Art Apartheid für sie; vielmehr sind sie auch insgesamt jeglichen Zugangs zu einer offiziellen Repräsentation im Parteistaat beraubt. Während Arbeiter, Jugendliche und Frauen jeweils ihre eigene ‚Massenorganisation‘ haben und die Führung der offiziellen Gewerkschaft im Politbüro vertreten ist, verfügen die Bauern seit 1949 über keine eigene ‚Massenorganisation‘ – obwohl sie es waren, die die Befreiungsarmee stellten, welche der KP zur Machtübernahme verhalf. Damit die Bauern mehr Macht bekommen, brauchen sie nicht nur grundlegende bürgerliche Freiheiten – sie müssen diese auch dafür nutzen



können, sich zu organisieren, um ihre Interessen zu vertreten. In anderen Worten: Wir brauchen eine Bauernbewegung des 21. Jahrhunderts, Seite an Seite mit der Arbeiterbewegung. Das ist jedoch genau das, was die Liberalen und Neureichen am meisten fürchten. (Ironischerweise wird diese Angst gleichermaßen von den Neuen Linken geteilt, die in Wirklichkeit Nationalisten sind.) Die Liberalen versuchen daher, die Debatte auf das teilweise falsche Thema der ‚unfairen Marktpreise‘ oder auf das völlig falsche Thema des ‚fehlenden freien Marktes für ländlichen Grundbesitz‘ zu verschieben. Dabei gilt festzuhalten: Falsch ist das natürlich nur aus der Perspektive der Bauern; aus Sicht der lokalen Funktionäre und Privatunternehmer ist es vollkommen richtig. Nach der Privatisierung der Staatsbetriebe und des städtischen Grundbesitzes suchen sie nun nach einer dritten Welle der Privatisierung: die Privatisierung des ländlichen Grundbesitzes. Während die KP-Führungsspitze sich hier aus Furcht von Rebellion nicht herantraut, haben die Liberalen – im Dienste der lokalen Funktionäre und der Wirtschaftseliten – die Regierung unermüdlich dazu gedrängt.

### **Die Herren der Privatwirtschaft setzen auf andere Vorgehensweisen**

Einige Autoren der Neuen Linken geißeln die Autoren der Charta 08 als Unterstützer des US-Imperialismus. Das ist eine grobe Übertreibung. Obwohl einige bekannte Intellektuelle, die mit der Charta assoziiert sind, einst die US-Invasion in den Irak unterstützt haben, muss man fair genug sein, die Tatsache anzuerkennen, dass kein Abschnitt der Charta als politische Unterstützung für die USA interpretiert werden kann. Dennoch kann man sagen, dass der Charta mit ihrem Abschnitt zur Privatisierung der Geburtsmadel der Wirtschaftselite anhängt. In diesem Sinne ähneln ihre Unterstützer eher Neoliberalen als Liberalen. Indem sie aber ausgerechnet bei den Kapitalisten um Unterstützung heischen, haben sie sich selbst ins Aus manövriert. Die neue chinesische Wirtschaftselite, die ihre eigene Existenz ganz grundlegend dem Einparteiensstaat und der Abwesenheit bürgerlicher Rechte für Bauern und Arbeiter verdankt, hat ganz einfach kein Interesse daran, den Aufruf der Charta für die Realisierung bürgerlicher und demokratischer Grundrechte zu unterstützen. Das ist auch der wahre Grund, dass die Kreise der liberalen Intellektuellen im Angesicht der Repression so klein und ohnmächtig bleiben. Außerdem: Wenn die Wirtschaftselite die Privatisierung weiter vorantreiben will, ist es dann nicht viel leichter und praktischer, Lobbyarbeit bei den Parteifunktionären zu betreiben oder deren Günstlinge zu werden, anstatt das Risiko auf sich zu nehmen, die Charta zu unterstützen?

In ihrem Buch *China's New Business Elite* (University of California Press, 1997) erklärt Margaret Pearson, warum die Marktreform und die Geburt dieser Klasse weder Zivilgesellschaft noch Demokratisierung befördert haben:

„Mitglieder von Chinas Wirtschaftselite zeigen wenig Anzeichen, eine unabhängige, aktive politische Kraft zu werden. Sie möchten der Politik entfliehen, sich nicht darauf einlassen oder eine ‚Zivilgesellschaft‘ schaffen ... Nachdem sie strukturelle Unabhängigkeit erlangt haben, versuchen sie informelle Verbindungen zum Staat zu knüpfen. Mitglieder der Wirtschaftselite sind dadurch gekennzeichnet, dass sie weder starke horizontale Verbindungen miteinander haben, noch starke Verbindungen zu anderen gesellschaftlichen Akteuren. Beides würden wir erwarten, wenn eine Zivilgesellschaft entstünde“ (a.a.O., S.4).

Wenn die Autoren der Charta zu ihrem Aufruf für Bürgerrechte und demokratische Rechte stehen, sind die einzigen Kräfte, auf die sie sich verlassen können, Bauern und Arbeiter, die schon länger gegen Ausbeutung und staatliche Unterdrückung gekämpft haben. Die Liberalen begrüßen deren Kämpfe nicht, da sie befürchten, dass jede solche Bewegung notwendigerweise über formale politische Rechte hinausgehen und eine Umverteilung des

Reichtums verlangen sowie den Widerstand gegen Privatisierung fördern würde. Die Liberalen enden also dort, wo sie vor zwanzig Jahren schon waren: nicht nur gehasst vom Einparteiensstaat, sondern isoliert von allen Klassen der Gesellschaft. Die Kapitalisten brauchen ihre Dienste nicht, und die Bauern und Arbeiter interessieren sich nicht für sie – wenn sie sich nicht sogar abgestoßen fühlen von ihrer neoliberalen Agenda.

*Zum Autor: Au Loong Yu ist aktiv im Vorstand von Globalization Monitor in Hong Kong  
Die Webseite von Globalization Monitor: <http://www.globalmon.org.hk/en/>*

*Übersetzung: Anne Scheidhauer*

*(Zwischenüberschriften von der Redaktion Infoexchange)*